gelten lassen. Und dieser Unterschied ist lebensnotwendig für eine freie Gesellschaft. Was dann aus der Freiheit gemacht wird, ist eine ganz andere Sache.

Dann wurde beanstandet, daß ich gesagt habe, daß einzelne Personen durch den Staatssicherheitsdienst erpreßt wurden, sei ein Vorgang, den nicht die Kirche selbst zu verantworten hat. Natürlich betrifft das auch die Kirche. Nach evangelischem Verständnis ist es ja nicht so, wie Pius XII. das einmal behauptet hat: Wenn einzelne ihrer Glieder sündigen, dann berührt das die mater ecclesia nicht, sie erstrahlt trotzdem in ihren Sakramenten usw. Das ist katholisch; das ist nicht evangelisch. Das berührt uns schon gar sehr. Aber es stimmt nicht, daß das Verhalten der Erpreßten sozusagen als Verhaltensmaßstab durchschimmerte und dadurch pseudomoralische Maßstäbe setzte. Es durfte ja gar nicht durchschimmern. Es mußte ja geheimgehalten werden.

Hatte die evangelische Kirche eine eigene deutschlandpolitische Rolle gespielt? Sie hat, sie hat es zumindest versucht. Otto Dibelius hat das mit großer Leidenschaft getan, Hanns Lilje, der Hannoveraner Landesbischof, auch. Auch Kurt Scharf war in dieser Sache sehr engagiert – jeder wieder anders – und in der Zeit des Kirchenbundes Manfred Stolpe. Man mag gegen ihn und über ihn sagen, was man will. Er hat auf seine Weise leidenschaftlich Deutschlandpolitik im Mantel des Oberkonsistorialrates getrieben. Er hat zum Beispiel in meiner eigenen Wohnung in Tübingen dafür plädiert, daß das Wiedervereinigungsgebot aus der Verfassung gestrichen werden soll, aber mit Begründung. Ich war nicht dafür, aber hören Sie doch auch seine Begründung. Er sagte: „Solange dies da ist, dieses Gebot, hängt das wie ein Damoklesschwert über den östlichen Funktionären.“ Das zu beenden war sein Ziel. Und wir kommen nicht zu einer Konföderation beider deutscher Staaten, weil die sich schon von Anfang an gar nicht darauf einlassen. Dieses Gebot heißt ja für sie selbst: Dann sind wir weg. Nun sind sie auch weg. Es ist ja auch so gekommen, Gott sei Dank. Aber unter den damaligen Auspizien war auch das durchaus ein Denkmodell, zumindest: ob nicht beide deutsche Staaten im Sinne einer Konföderation enger zusammenkommen könnten. Man sollte nicht alles aus der heutigen Perspektive beurteilen. Aber wenn zwei dasselbe tun, sagt schon ein lateinisches Sprichwort, ist es nicht notwendig dasselbe.

Es gab so etwas wie die Versuche einer gesamtdeutschen Politik auch von seiten der Kirche. Sie ist nur im Detail erfolgreich gewesen. Auch da werden die Meinungen sofort auseinandergehen, ob z. B. der Freikauf von Menschen eine erfolgreiche Deutschlandpolitik war. Wenn man die Menschen kennt, die freigekauft wurden, wird man dazu ja sagen. Wenn man nur das Problem sieht und nicht die Menschen, sagt man vielleicht eher nein. Ob solche politischen Optionen eher politisch begründet waren, eher kirchenpolitisch oder eher theologisch, das müssen Sie die Betroffenen selber fragen. Fragen

Sie Pastor Hamel, fragen Sie Bischof Krusche, die ja agiert haben und die aus authentischerem Urteil als ich hier reden können.- Damit habe ich es nun doch geschafft, alle Fragen zu beantworten. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Professor. Nur mit Zagen wage ich es, Ihnen an einer Stelle zu widersprechen und an einer Stelle zu ergänzen. Wenn ich richtig informiert bin, hat es eine solche Schönherrsche Sonderregelung in Berlin nicht gegeben. Das zweite ist, Sie haben, wenn ich mich richtig entsinne, vorhin die Ausbildungsmöglichkeiten aufgeführt, die zum evangelischen Pfarrer führten. Da gab es auch noch zwei theologische Fachschulausbildungsstätten, eine hier in dieser Stadt und eine in Berlin. Als nächstes bitte ich den schon mehrmals genannten jetzigen Pfarrer in Ruhe, den Bruder Hamel, um das Wort. (Beifall)

Pfarrer D. Johannes Hamel: „Evangelische Christenheit unter der marxistisch-leninistischen Diktatur 1945–1989, Bewährung und Versagen“ – ich habe mir gestattet, meinen Titel zu ändern. Ich habe ganz bewußt den Lutherschen Ausdruck „Christenheit“ aufgegriffen. Der Blick soll also nicht gerichtet werden auf die Sprecher der Kirche, die Gremien der Kirche, die Verwaltung der Kirche, sondern auf uns selbst. Wir sind die Kirche, die evangelische Christenheit.

Vor einigen Monaten hielt der bekannte anglikanische Pfarrer Paul Oestreicher einen Vortrag über die Kirche in der DDR und erwähnte für diesen östlichen Teil Deutschlands die Bezeichnung „Gottes geliebte Ostzone“. Eine wohl jüngere Journalistin kommentierte in der Kirchenzeitung, offenbar habe der Redner einen Witz machen wollen. Aber das Wort ist viel älter. Im Januar 1951 erschien im „Schweizer evangelischen Pressedienst“, der in der DDR weit verbreitet war, ein Bericht aus der Ostzone von einem dort nicht genannten Pfarrer. Er habe neulich von einem Theologiestudenten in Basel, der für ein Jahr außerhalb der Ostzone studiere, einen Brief erhalten, in dem er dankbar von jener anderen Welt erzähle, in der er für ein Jahr sorgenfrei leben dürfe. Es sei ihm aber gerade dort aufgegangen, welche Gaben Gott uns in der Ostzone dauernd schenke, und er meine, man solle nicht mehr von „Ostzone“, sondern von „Gottes geliebter Ostzone“ reden. Der Briefschreiber kehrte nach einem Jahr in die DDR zurück, wurde dort Pfarrer, ein fröhlicher Pfarrer, und lebt jetzt als Pensionär in Chemnitz. Aber wie konnte die Sowjetzone, wie der Bonner Kanzler Ostdeutschland bis in die sechziger Jahre zu bezeichnen pflegte, von jenem Studenten „Gottes geliebte Ostzone“ genannt werden? Sie war ein Staat, in dem jedermann rund um die Uhr Menschen begegnete, begegnen mußte, die in irgendeiner Form offene, mitunter verdeckte Repräsentanten der Machthaber waren, sein wollten oder sein mußten. Jedermann hatte es, wenn auch indirekt, täglich, laufend mit dem Politbüro und der von ihm eingesetzten, geleiteten und kontrollierten